**Beschlussvorlage FB 1/003/2022
TOP Nr. 3 (Stadtrat)**

Gremium
Stadtrat

Beschluss
Entscheidung

Ö-Status
öffentlich

Sitzungstag
08.03.2022

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:

**Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG);
Beitritt zum Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland mit Sitz in
Bad Tölz zur Übertragung
a) der kommunalen Verkehrsüberwachung im fließenden und ruhenden Verkehr
b) der Durchführung von Vergabeverfahren im Einzelfall**

Sachverhaltsdarstellung / Begründung

Im Jahr 2007 wurde im südlichen Oberbayern von 27 kreisangehörigen Gemeinden die Gründung des Zweckverbandes „Kommunale Verkehrssicherheit Oberland“ mit Sitz in Bad Tölz beschlossen. Mittlerweile hat der Zweckverband 143 Mitgliedsgemeinden und -städte. Aktuell unterstützt der Zweckverband seine Mitgliedskommunen je nach Wunsch bei den folgenden Aufgaben:

- Verkehrssicherheit - Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs u.ä.
- Forderungsmanagement - Beitreibung öffentlich-rechtlicher Forderungen
- Vergabewesen - Unterstützung der Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge
- Kurbeitrag - Unterstützung der Kommunen bei der Kurbeitragskontrolle
- Forschungsprojekt SATURN

Die Übertragung der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs an den Zweckverband ist Grundlage dafür, dass die anderen Leistungen des Zweckverbandes in Anspruch genommen werden können. **Der Zweckverband handelt ausschließlich zweckgebunden und nicht gewinnorientiert!** Eingenommene Verwarn- und Bußgelder werden 1:1 an die Mitgliedskommune ausbezahlt.

Der Beitritt dem Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland inkl. Übertragung des Aufgabengebietes der Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs wird von Seiten der Verwaltung empfohlen.

Neben der Übertragung der Leistungen für die Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs sind aus Sicht der Stadtverwaltung insbesondere die Leistungen des Vergabewesens des Zweckverbandes von Interesse. Das geltende nationale und europäische Vergaberecht bedarf zur Durchführung von rechtskonformen Vergabeverfahren mittlerweile eine umfassende Rechtskenntnis in dieser Materie. Zudem werden die Vergabeverfahren komplexer.

Mitgliedsgemeinden können **bei Bedarf** auf die Dienstleistungen der Beschaffungsstelle zurückgreifen. Derzeit nutzen 55 Kommunen dieses Angebot. Diese unterstützt die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und führt bei Beauftragung die Ausschreibungsverfahren im Namen der Gemeinde/Stadt durch. Die letztliche Vergabe von Aufträgen und der Abschluss von Verträgen verbleibt bei der Kommune.

Die Vorteile einer zentralen Beschaffungsstelle liegen insbesondere in der größeren Rechtssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Verfahren. Bislang musste von Seiten der Stadtverwaltung des Öfteren ein externes Vergabebüro bzw. einen Fachanwalt zur Rate gezogen werden. Dieser Rechtsbeistand hat beispielsweise im Jahr 2021 bei **einem** Vergabeverfahren zu Kosten in Höhe von **9.000 EUR** geführt. Zudem ist zu beachten, dass die rechtssichere Durchführung eines Vergabeverfahrens meist Voraussetzung für die Gewährung der Fördermittel ist.

Weiter ist als Vorteil die durchgängige Gewährleistung aller vergaberechtlicher Dienstleistungen unabhängig von der aktuellen Personalsituation in der Stadtverwaltung aufzuführen.

Für die Startphase ist eine Anschubfinanzierungsumlage in Höhe von 1,00 EUR / Einwohner fällig. Für die Stadt Grafing b.München würde die Anschubfinanzierungsumlage aktuell **14.099,00 EUR** betragen. **Diese wird jedoch binnen drei Jahren an die Mitgliedskommune zurückerstattet.**

Des Weiteren stützt sich die Vergabestelle aus finanzieller Sicht auf folgendes Finanzierungsmodell:

Sockelbetrag	0,33 EUR/Einwohner = 4.652,67 EUR/p.a.
Beratungsleistung	90,00 EUR/Stunde
Durchführung Vergabeverfahren	
• Vergabeverfahren	600,00 EUR /Verfahren (=Gewerk)
• VgV-Verfahren freiberufliche Leistungen bzw. Verhandlungsvergabe für Planungsleistungen	3.000,00 EUR/Einzelplanungsleistung (aufgrund erhöhtem Zeitaufwand)
• Ggf. Auslagenersatz (z.B. Printmedien)	je nach Aufwandshöhe
Bei Sektoren- und Konzessionsvergabe	Individualpreis

Evtl. entstandene Überschüsse werden an die Mitgliedskommunen zurückerstattet.

Die Verwaltung schlägt vor, dem Zweckverband im Einzelfall die Durchführung von Vergabeverfahren zu übertragen. Eine hausinterne Vergabestelle wird weiterhin als notwendig gesehen, um einerseits einfache Vergabeverfahren selbst abzuwickeln als auch einen direkten Ansprechpartner der Stadtverwaltung gegenüber der Vergabestelle des Zweckverbandes benennen zu können.

Beschlussvorschlag

Beschlussvorschlag a)

Der Stadtrat beschließt, für die Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs beim Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland einen Antrag auf Betritt zum Zweckverband zu stellen.

In der Verbandsversammlung wird die Stadt Grafing b.München durch den ersten Bürgermeister als geborener Verbandsrat vertreten.

Mit Zustimmung des ersten und der weiteren Bürgermeister bestimmt der Stadtrat den Leiter des Fachbereiches 1 als gekorenen Verbandsrat. Diese Vertretungsregelung greift nur dann, wenn der erste bzw. die weiteren Bürgermeister verhindert sind.

Beschlussvorschlag b)

Der Stadtrat beschließt, dem Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland die Durchführung von Vergabeverfahren (ohne Vergabe von Aufträgen und Abschluss von Verträgen) im Einzelfall zu übertragen. Die Vergabe von Aufträgen und der Abschluss von Verträgen verbleibt bei der Stadt Grafing b.München.

Der erste Bürgermeister wird ermächtigt, mit dem Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum Oberland eine Rahmenvereinbarung für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der zentralen Beschaffungsstelle zu schließen.

Finanzielle Auswirkungen:

Ja Nein Verw.HH / Verm.HH Ansatzüberschr. Nachtragsvormerkung

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Ja, positiv Ja, negativ Nein

Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen? Ja Nein